

Information nach den Sommerferien

Das Phantasialand weist Kritik an seiner Informationspolitik zurück.

VON ALEXANDRA RINGENDAHL

Brühl - Das Phantasialand hat den Vorwurf mangelnder Informationspolitik deutlich zurückgewiesen. Für den Park sei die Kommunikation mit der Öffentlichkeit im Gegenteil ein wichtiger Bestandteil der Erweiterungsplanung, erläuterte Marketing-Direktorin Birgit Reckersdrees. Hintergrund ist der Vorwurf der Grünen, der Park weigere sich, eine Anfrage der Kreisverwaltung mit Fragen nach der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu beantworten. Das Phantasialand habe dem Rhein-Erft-Kreis inzwischen mitgeteilt, dass es „das Informationsbedürfnis der politischen Gremien ausdrücklich“ anerkenne, erläutert Reckersdrees.

Der Park unterstütze die Stadt dabei, die vom Unternehmen prognostizierten Arbeitsmarkteffekte von unabhängigen Gutachtern prüfen zu lassen. Dieses Gutachten liege noch nicht vor. An die Industrie- und Handelskammer (IHK) habe man sich lediglich gewandt, um abzuklären, ob die Beantwortung bestimmter Fragen mit dem Datenschutz vereinbar sei. Nach Eingang der IHK-Stellungnahme werde das Phantasialand die Fragen der Grünen – „so weit zulässig und vertretbar“ – beantworten, so Reckersdrees.

Bürgerinformation kommt

Die von Bürgern beantragte städtische Informationsveranstaltung zu den Erweiterungsplänen des Phantasialandes wird erst nach der Entscheidung des Regionalrates stattfinden. Bürgermeister Michael Kreuzberg sagte den Anwohnern zu, dass diese direkt im Anschluss an die Entscheidung und die darauf folgende Genehmigung durch die Landesregierung terminiert werde, „schätzungsweise nach den Sommerferien.“ Die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ hatte eine solche Veranstaltung beantragt, wollte jedoch kurzfristig informiert werden. „Für uns ist es unbefriedigend, noch bis nach den Sommerferien zu warten“, resümierte Dr. Doris Linzmeier, Sprecherin der Bürgerinitiative „50 000 Bäume“. Vor der Entscheidung des Regionalrates sei eine Einflussnahme noch besser möglich.

Nicht seriös

In ihrem Anliegen wurde die Bürgerinitiative von SPD, Grünen und BVB unterstützt. Es gebe erheblichen Informationsbedarf bei den Bürgern, daher greife das Argument nicht, dass es sich um ein laufendes Verfahren handle, meinten SPD, Grüne und BVB übereinstimmend.

Zurzeit habe die Stadt das Verfahren nicht in der Hand und könne deswegen nicht seriös über ein bei der Bezirksregierung anhängiges Verfahren informieren, erwiderten CDU und FDP. Angesichts der ständigen Veränderungen bei der Planung sei eine Informationsveranstaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, „weil keiner weiß, worüber er informieren soll“, konstatierte Kreuzberg.

Unterdessen freut sich die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ über wachsende Unterstützung. Die Vertreter der BUND-Gruppen des Rhein-Erft-Kreises sagten der Initiative in der „heißen Entscheidungsphase“ ihre Unterstützung zu. Zuvor waren schon Mitglieder der globalisierungskritischen Bewegung Attac an die Initiative herangetreten. In den nächsten Wochen soll über die Proteststrategie nachgedacht werden.